Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52

№ 80. Mittwoch, 6. April 1932, abends. 85. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Hindenburg-Aufruf der Deutschen Volkspartei

vdz. Berlin. Die offizielle Korrespondenz der Deutschen Volkspartei, die N.V.C., veröffentlicht einen vom Parteiführer Dingeldey unterzeichneten Aufruf, „An die Wähler der Deutschen Volkspartei".

Darin heißt es, daß **die DVP. von Anfang an und ohne jede Einschränkung die Parole für Hindenburg ausgegeben, dennoch keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß sie an der Opposition gegen das Kabinett Brüning aus wohlerwogenen politischen Gründen festhalte. Das Eintreten für Hindenburg, der die Verkörperung des deutschen Einheitswillens sei, werde in keiner Weise auch die Tatsache verdunkeln, daß die DVP. bei den preußischen Landtagswahlen mit aller Entschlossenheit den Kampf gegen die Regierung der Weimarer Koalition zu richten habe. Zunächst gelte es die Wiederwahl unseres Nationalheros mit einer interessanten Mehrheit zu sichern. Hindenburgs gewaltiger Wahlerfolg müsse dem In- und Ausland beweisen, daß unser Volk die Kraft besitze, sich in schwerer Not um die Symbole des Vaterlandes und des nationalen Freiheitswillens zu vereinigen.**

*

Der offene Brief des Führers der Deutschen Volkspartei,

Dr. Dingeldey, an Geheimrat Dr. Hugenberg ist bekanntlich bereits wenige Stunden nach seinem Erscheinen von dem Vertrauensmann Hugenbergs, dem Abgeordneten Schmidt-Hannover, ablehnend beantwortet worden. Die persönliche Antwort des Führers der Deutschnationalen, die bis zum Augenblick noch nicht vorliegt, dürfte in dieselbe Kerbe schlagen. Wahrscheinlich gibt es dann noch eine Rückantwort der Deutschen Volkspartei, und eine neue Sammlungsaktion der Mittelparteien zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum ist gescheitert. Auch wer aus taktischen Gründen dem Vorstoß Dr. Dingeldeys keinen Erfolg zusprechen konnte, wird nur ungern mit dem heute beliebten höhnischen Achselzucken den Versuch abtun. Er unterschied sich nicht nur äußerlich im Ton angenehm von den sonstigen politischen Handgreiflichkeiten und Grobheiten, die den Inhalt des modernen politischen Knigge bilden. Es steckte doch immerhin auch eine Idee dahinter, auch wenn sie wie ein welkes Pflänzchen in ausgedörrter Erde angepflanzt wurde. **Was Dr. Dingeldey wollte,** und zwar so wollte, daß dabei das Prestige der eigenen Partei nicht rücksichtslos in den Vordergrund gerückt wurde, **war die Sammlung aller bürgerlichen Rechtskreise links von den Nationalsozialisten.** Er sah richtig, daß es sich bei diesen, zum Teil schwächer werdenden bürgerlichen Parteien um eine homogene Gruppe handelt, der es jetzt schlecht geht, die aber doch noch auf einen einigenden Gedanken schwört, die **Idee des bürgerlichen Konservativismus.** Man argumentierte in dem Kreis von Dr. Dingeldey folgendermaßen: **Was die Parteien von den Nationalsozialisten bis zu den Christlich-Sozialen und Volksnationalen eint, ist der Gedanke des Nationalismus. Was sie aber von den Nationalsozialisten ebenso wie von den Parteien der Linken trennt, ist die Idee des Sozialismus, der das deutsche Bürgertum in ihrer „Rechtsfassung" zu erliegen droht, die aber seinem innersten Wesen auf die Dauer widerstreben muß.**

An diesem Punkte ist die Bildung einer neuen bürgerlich-nationalen Partei möglich, die sich von den Deutschnationalen bis zu den Parteigruppen rechts vom Zentrum erstreckt. Voraussetzung dafür wäre freilich bei den führenden Trägern dieser Gruppen, den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, ein prozentual fein abgewogener Verzicht auf allzu starke Sonderwünsche, besonders auch in der Kandidatenfrage. Man müßte sich gewissermaßen bona fide gegenübertreten und ein Gentleman-Agrement auch in den Fragen treffen, die öffentlich besser nicht erörtert werden. Ein solcher Wahlblock (der volksparteiliche Ausdruck dafür!) würde in dem kommenden preußischen Landtag eine bedeutsame Aufgabe zu erfüllen haben. **Er würde das Zünglein an der Waage bilden, auf der einen Seite sozialistische Anwandlungen der Nationalsozialisten verhindern und auf der anderen Seite mit dem bisherigen Koalitionssystem endgültig Schluß machen. Durch einen solchen Wahlblock stellten die bürgerlichen Mittelparteien auch dann noch eine starke Macht vor, wenn ihre Stimmziffern erheblich zusammenschmelzen sollten.** Die evangelische und katholische Mitte könnte eine Politik des Ausgleichs treiben, die nicht nur für Preußen, sondern auch darüber hinaus für das Reich wegweisend sein dürfte. Durch die Absage der Deutschnationalen ist diese Idee Dr. Dingeldeys, die ja nicht zum erstenmal in den beteiligten Parteien aufgeworfen wurde, abgestoppt worden. Daß das „Zu spät" Dr. Hugenbergs nicht den Grund der Ablehnung bildete, wird von der Volkspartei nachdrücklich unterstrichen. Es wäre durchaus noch möglich gewesen, vor dem kommenden Sonntag, an dem die Landeslisten hätten eingereicht werden müssen, eine Verständigung zu erzielen. Der wirkliche Grund ist natürlich ein anderer. Für Dr. Hugenberg war das Wahlergebnis vom 14. September 1930 kein Ausgangspunkt für eine Kandidatenvereinbarung. Er hofft noch immer auf einen prozentual höheren Sieg seiner Partei bei der Preußenwahl und hält erst dann die Zeit für eine Einigung der bürgerlichen Mitte, natürlich unter der eigenen Führung, gegeben. Eine Auffassung, die nach der Meinung der Volkspartei dem Bürgertum viele tausend Stimmen und eine erhebliche Anzahl sonst gesicherter Sitze kosten würde. Es scheint demnach mit der wirklichen Einigungssehnsucht der bürgerlichen Führerpersönlichkeiten noch immer etwas schwach zu stehen. Der Gedanke ist zwar da, aber er wird nicht zum Vater eines wirklich lebendigen und ehrlichen Wunsches.

Reichskanzler Dr. Brüning spricht in Stuttgart.

)(Stuttgart. **Reichskanzler Dr. Brüning** setzte seinen vorgestern in Karlsruhe begonnenen Redefeldzug gestern in Stuttgart in der von 10 000 Menschen bis auf den letzten Platz gefüllten Stadthalle fort. Der Versammlung wohnten u. a. auch Staatspräsident Dr. Bolz und Justizminister Dr. Beyerle bei.

Von der Versammlung mit nicht endenwollendem Jubel begrüßt, erklärte der Kanzler, daß **diese Wahlkampfwoche keinen Gewinn für die deutsche Zukunft bedeute, weil man mit Schaudern feststellen müsse, in welch fortschreitender Gemeinheit und Gewalttätigkeit die Agitation sich von Tag zu Tag entwickele. Aber nach einer anderen Richtung wird dieser Wahlkampf doch einen starken Gewinn bringen. Seine Form wird vielen Kreisen, die heute noch irre gehen, für immer die Augen öffnen.**

Wie in seiner vorgestrigen Karlsruher Rede ging der Reichskanzler dann im einzelnen auf die **verschiedenen Angriffe der Nationalsozialisten** ein. Mit Entrüstung wies der Reichskanzler dann die gestern in diesem Saal von dem nationalsozialistischen Gauleiter Brückner-Breslau vorgebrachte Aeußerung zurück, in der dem Reichspräsidenten unterstellt wurde, daß die Sorge um die Zukunft des Sohnes stärker gewesen sei als das Interesse an Deutschland. Das sind die Leute, rief der Reichskanzler aus, die immer sagen, sie würden einen ritterlichen Kampf führen.

Die städtische Bevölkerung, fuhr der Reichskanzler fort, ist gegenüber den Lockungen der Nationalsozialisten viel skeptischer geworden. Aber auf dem Lande finden sie immer noch viele Gläubige. Um die Landwirtschaft zu retten, **haben wir in den vergangenen zwei Jahren den Preis** für Weizen auf die doppelte Höhe **heraufgebracht.** Aber alle Maßnahmen haben ihre Grenzen in der sinkenden Konsumkraft der städtischen Bevölkerung. Die Landwirtschaft muß auch Verständnis für die Notlage der städtischen Bevölkerung haben. Die Reichsregierung, so führte der Reichskanzler weiter aus, will durch gemeinsame Opfer aller die Grundlage schaffen, um zu dem Ziel in der Reparations- und Abrüstungsfrage zu gelangen, das wir alle als elementares Recht des deutschen Volkes beanspruchen. Die eingeleiteten Auseinandersetzungen in der Außenpolitik haben nur Erfolg, wenn die Politik der vergangenen 2 Jahre unter allen Umständen schärfstens durchgehalten wird.

Aller Erfolg hängt von dem Kredit des Reiches ab, und dieser Kredit hängt davon ab, daß es der Reichsregierung gelingt, gemeinsam mit den Länderregierungen und den Stadtverwaltungen den Etat auszugleichen und das Vertrauen des In- und Auslandes in die stabile Währung zu erhalten. **Wenn wir die Reichsmark nicht an das englische Pfund angelehnt haben, so deshalb, weil wir wußten, daß ein Volk, das eine solche Inflation hinter sich hat, nicht mehr ertragen kann, daß die Währung auch nur im geringsten abgleitet. Wenn die Nationalsozialisten einmal an die Herrschaft kommen sollten und versuchen würden, auch nur 10 Prozent ihrer Verheißungen zu verwirklichen, dann würde in 14 Tagen die Reichsmark ins Uferlose hinabgerasselt sein. Das System der gegenwärtigen Regierung ist Klarheit und Wahrheit.**

Der Reichskanzler kam in seinen weiteren Ausführungen auf die **Ursachen der gegenwärtigen Not** zu sprechen, **die keineswegs im November 1918 entstanden sind, sondern viel weiter in die Vorkriegszeit zurückreichen.** Alles, was man tun kann in den kommenden Monaten, ist der unermüdliche Versuch, zu verhindern, daß das deutsche Volk völlig durch eine gewissenlose Agitation auseinandergerissen wird, und zwar 100 Meter vor dem Ziel, was den seelischen Zusammenbruch bedeuten würde. **Hindenburg ist der Mann, unter dessen Fahne sich die Menschen in Deutschland wieder zusammenfinden können.** Wenn die Nationalsozialisten gesagt haben, ein alter Mann sei für die Politik untauglich und halte keinen Vergleich aus mit dem Säkulargenie von Adolf Hitler (große Heiterkeit), so ist zu erwidern: Dieser Mann sieht die Menschen und die Dinge viel klarer und einfacher, als die meisten Menschen, die sonst im öffentlichen Leben an führender Stelle stehen. **Ich kämpfe für Hindenburg nicht nur aus innerster sachlicher Ueberzeugung.** Ich werde jeden Tag dieser Woche durch die deutschen Lande fahren und immer und immer wieder den Kampf für ihn aufnehmen. **Ich kämpfe für ihn und für sein Verbleiben aber auch aus einem ganz anderen Grunde: Wenn ein Volk eine Persönlichkeit hat von überragender weithistorischer Bedeutung, eine Persönlichkeit, deren historische Geltung von niemand auf der Welt mehr angezweifelt wird und wenn diese Persönlichkeit im hohen Alter sich einem Volk zum weiteren Dienst zur Verfügung stellt, dann müßte es bei einem Volk, das in seiner Mehrheit absolut noch gesund und kulturell von gesunden Idealen durchdrungen ist, überhaupt gar nichts anderes mehr geben, als daß sich eine überwältigende Mehrheit gleich vom ersten Tage an auf seine Seite stellt und ihn leidenschaftlich gegen jeden Angriff und gegen jede Verleumdung verteidigt.**

Ich bin überzeugt, wenn jeder seine Pflicht tut, der ein ernstes und tiefes Gefühl hat für die Bedeutung der nächsten Monate, dann wird gewiß am nächsten Sonntag dem Herrn Reichspräsidenten ein Vertrauensbeweis geliefert werden von viel mehr Millionen, als es im ersten Wahlgang bereits geschehen ist. Ich habe es an einer anderen Stelle schon einmal ausgesprochen und wiederhole es angesichts der Agitation der letzten Tage hier noch einmal: Das ist nun wirklich nicht möglich, die Unterstützung der Sozialdemokraten zurückzuweisen, weil die Linke politisch klüger ist als die Rechte in den vergangenen Jahren! Und hinterher schreit man dann, wenn man selbst einsieht, daß man es nicht aufnehmen kann mit den Führern anderer politischer Richtungen oder politischer Parteien!

Die Wahl des Herrn Reichspräsidenten, wenn sie mit weit größerer, mit überwältigender Mehrheit am nächsten Sonntag erfolgt, wird dem Auslande ein Zeichen und das Symbol einer Aufforderung und einer Warnung bedeuten. Und eine Wahl mit überwältigender Mehrheit wird gewissen Ländern zeigen, daß alles Gerede, als ob das deutsche Volk jeden Tag irgend einer anderen extremen Richtung erliegen könne, unsinnig ist und daß man uns ruhig zutrauen kann, daß wir unsere Geschicke selbst regeln können, weil wir in uns selbst stark genug sind.

Wenn Sie in den nächsten Tagen alle mit wir die letzten Kräfte einsetzen in der Agitation und in der Aufklärung, dann haben Sie **nicht nur jetzt das Vaterland gerettet,** sondern Sie haben auch die **Grundlagen gelegt für das Glück und für die Freiheit kommender Generationen.** (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Aufruf an die Monarchisten, für Hindenburg zu stimmen.

vdz. Berlin. Wie die Landvolk-Nachrichten mitteilen, wird folgender **Aufruf konservativer Politiker** der Oeffentlichkeit übergeben:

„Die Führung der Deutschnationalen und des Stahlhelm hat festgestellt, daß der Reichspräsident von Hindenburg tatsächlich schon durch den ersten Wahlgang wiedergewählt ist. Damit haben sie die Stimmen ihrer Mitglieder für den zweiten Wahlgang freigegeben. Die Unterzeichneten fordern alle konservativ und monarchistisch Gesinnten im Lande auf, im zweiten Wahlgang ihre Stimme für den Feldmarschall von Hindenburg abzugeben nach dem Beispiel des Kammerherrn von Oldenburg Januschau."

Der Aufruf trägt folgende **Unterschriften:** Bodo Graf von Alvensleben-Neugattersleben, Dr. Adamey-Berlin, Graf Bassewitz-Lühburg, v. Berg-Markienen, v. Böttinger-Arensdorf, Christoph Martin Fürst zu Stolberg-Roßla, Korvettenkapitän a. D. Nikolaus Graf zu Dohna-Hamburg, Graf Finckenstein-Trossin, Graf Finckenstein-Parnäckel, Baron Fölkersamb-Rolandseck, Freiherr Günter von Hammerstein, v. Jordans-Berlin, Hauptmann a. D. Leuchert-Leipzig, Graf zu Lynar, von der Marwitz-Friedensburg, Graf Julius Pückler-Friedland, Bruno Roos-Stuttgart, Kgl. Staatsminister a. D. von Waldow, Hans Ludwig Weyermann-Elberfeld.

Kapitän Ehrhardt für die Wiederwahl Hindenburgs.

vdz. Berlin. Wie verlautet, hat sich jetzt **Kapitän Ehrhardt in die Hindenburg-Front** eingereiht. Ehrhardt werde in einer großen Kundgebung der Hindenburg-Ausschüsse in Hannover am Freitag abend ein feierliches Bekenntnis für Hindenburg ablegen und damit zum ersten Mal seit langer Zeit wieder in der politischen Oeffentlichkeit auftreten.

Wählt Nr. 1 ⊗ Hindenburg!

Ein Jeder erfülle seine Pflicht.